Stand: 16.12.2025 10:50:54

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17506

"EU-Japan-Abkommen darf nicht hinter gesetzte Standards zurückfallen"

## Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/17506 vom 29.06.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/18561 des BU vom 28.09.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/18739 vom 25.10.2017
- 4. Plenarprotokoll Nr. 114 vom 25.10.2017



# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

29.06.2017 Drucksache 17/17506

## **Antrag**

der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Inge Aures, Georg Rosenthal SPD

EU-Japan-Abkommen darf nicht hinter gesetzte Standards zurückfallen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die bereits in der Vergangenheit für die Verhandlungen zu TTIP und CETA vom Landtag beschlossenen roten Linien auch für das EU-Japan-Abkommen (JEFTA) gelten.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass die auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten etablierten Standards, wie das Vorsorgeprinzip, Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte (Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation – ILO), Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards und der Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht unterlaufen, mit Durchsetzungsmöglichkeiten vertraglich abgesichert werden und das EU-Japan-Abkommen nicht hinter die mit CETA gesetzten Standards zurückfällt. Entsprechend dürfen private Schiedsgerichte (ISDS) nicht Teil des Abkommens sein.

Darüber hinaus setzt sich die Staatsregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten für größtmögliche Transparenz und die Veröffentlichung von Verhandlungsdokumenten ein, um eine öffentliche Diskussion auf der Grundlage von Inhalten zu ermöglichen.

Die Staatsregung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen zu berichten, ob und inwieweit sie die Einhaltung der oben genannten Standards im EU-Japan-Abkommen gegeben sieht.

#### Begründung:

Die Diskussionen um die Inhalte beispielsweise zu dem EU-Kanada-Abkommen (CETA) auf allen politischen und gesellschaftlichen Ebenen haben deutlich gemacht, welche Standards es bei der neuen Generation von Handelsabkommen auf EU-Ebene einzuhalten gilt.

In den Verhandlungen mit internationalen Handelspartnern, die ebenfalls auf die Durchsetzung ihrer Interessen pochen, ist es wichtig – auch auf Landesebene – immer wieder deutlich zu machen, dass dabei nicht hinter bereits gesetzte Standards zurückgefallen werden darf – dies gilt auch für das EU-Japan-Abkommen.

Eine Stellungnahme der Staatsregierung zur Einhaltung der etablierten Standards im EU-Japan-Abkommen soll auch der Information der bayerischen Bürgerinnen und Bürger dienen.

## Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

28.09.2017 **Drucksache** 17/18561

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Inge Aures u.a. SPD Drs. 17/17506

EU-Japan-Abkommen darf nicht hinter gesetzte Standards zurückfallen

## I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

- Im zweiten Absatz wird nach dem Wort "sich" das Wort "weiterhin" eingefügt.
- Der dritte Absatz wird wie folgt gefasst:
   "Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich
   weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten für größtmögliche
   Transparenz und die Veröffentlichung von Verhandlungsdokumenten einzusetzen, um eine öffentliche Diskussion auf der
   Grundlage von Inhalten zu ermöglichen."

Berichterstatter: Hans-Ulrich Pfaffmann Mitberichterstatterin: Mechthilde Wittmann

#### II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Antrag mitberaten.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 62. Sitzung am 4. Juli 2017 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
- Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 28. September 2017 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

**Dr. Franz Rieger** Vorsitzender



# Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

25.10.2017 Drucksache 17/18739

## **Beschluss**

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Inge Aures, Georg Rosenthal SPD

Drs. 17/17506, 17/18561

EU-Japan-Abkommen darf nicht hinter gesetzte Standards zurückfallen

Der Landtag stellt fest, dass die bereits in der Vergangenheit für die Verhandlungen zu TTIP und CETA vom Landtag beschlossenen roten Linien auch für das EU-Japan-Abkommen (JEFTA) gelten.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, sich weiterhin auf Bundes- und Europaebene dafür einzusetzen, dass die auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten etablierten Standards, wie das Vorsorgeprinzip, Sozialstandards und Arbeitnehmerrechte (Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation – ILO),

Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards und der Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht unterlaufen, mit Durchsetzungsmöglichkeiten vertraglich abgesichert werden und das EU-Japan-Abkommen nicht hinter die mit CETA gesetzten Standards zurückfällt. Entsprechend dürfen private Schiedsgerichte (ISDS) nicht Teil des Abkommens sein.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten für größtmögliche Transparenz und die Veröffentlichung von Verhandlungsdokumenten einzusetzen, um eine öffentliche Diskussion auf der Grundlage von Inhalten zu ermöglichen.

Die Staatsregung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen zu berichten, ob und inwieweit sie die Einhaltung der oben genannten Standards im EU-Japan-Abkommen gegeben sieht.

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet** 

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

## **Abstimmung**

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich sehe bei der CSU nur zögerliche Zustimmung. –

(Volkmar Halbleib (SPD): Die sind noch beim geordneten Übergang, Herr Präsident! – Heiterkeit bei der SPD)

Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

# Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

#### Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss

(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

## Verfassungsstreitigkeit

Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. September 2017 (Vf. 15-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 11 Abs. 3, Art. 13 Abs. 1 Nr. 1b, Art. 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Art. 16, 17 Abs. 1 Nrn. 3 und 5, Art. 20 Nr. 3 und Art. 21 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1990 (GVBI. S. 397, BayRS 2012-1-1-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen vom 24. Juli 2017 (GVBI. S. 388) geändert worden ist

PII-G1310.17-0013 Drs. 17/18653 (G)

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	A	A

zur 114. Vollsitzung am 25. Oktober 2017

## Anträge

 Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD Bezahlbaren Wohnraum in Dachgeschossen f\u00f6rdern Drs. 17/16021, 17/18581 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Für ein gutes Klima: Mehr Energieeffizienz im kommunalen Hochbau durch eine sinnvolle Wirtschaftlichkeitsberechnung
 Drs. 17/16667, 17/18589 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	Z

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht zum Fall Franco A.! Sein Doppelleben als Oberleutnant der Bundeswehr und anerkannter Flüchtling im Freistaat Bayern und der Verdacht der Planung rechtsextremistischer Terroranschläge. Drs. 17/16947, 17/18437 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

5.	Antrag der Abgeordne Kein Glyphosateinsatz Drs. 17/16976, 17/184	zur Ernteerleichterung		iller u.a. SPD
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
6.	Antrag der Abgeordne Frauen integrieren Fra Flächendeckendes An Drs. 17/16995, 17/184	uen – Fit für den Alltaq gebot für Frauen mit N	g in Deutschland:	
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
7.	7. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Eric Beißwenger u.a. CSU Teilnahme an Nebenlehrer-Seminarangeboten für Absolventinnen und Absolventen eines Studiums der Agrarwissenschaften Drs. 17/17080, 17/18455 (ENTH)			
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				ENTH
8.	Antrag der Abgeordne Gisela Sengl u.a. und Initiative für eine baye Drs. 17/17175, 17/184	Fraktion (BÜNDNIS 90 rische Weidemilch erg	)/DIE GRÜNEN)	
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		A	

9.	Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Mostereien in Bayern Drs. 17/17189, 17/18458 (E)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
10.	Antrag der Abgeordnet Josef Zellmeier u.a. CS Zusätzlicher beleuchte Drs. 17/17205, 17/1843	SU ter Parkplatz für Polize		03
	Votum des federführer Kommunale Fragen, In		port	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
11.	Dringlichkeitsantrag de Christine Kamm u.a. un Erfolgreichen Absolver die weitere Berufsausb Drs. 17/17269, 17/1856 Votum des federführen	nd Fraktion (BÜNDNIS nten von Einstiegsqual bildung ermöglichen 67 (A)	90/DIE GRÜNEN)	
	Verfassung, Recht und			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
12.	Dringlichkeitsantrag de Peter Meyer u.a. und F eJustice weiter vorantr Drs. 17/17271, 17/1850	raktion (FREIE WÄHL eiben!	rt Aiwanger, Florian St .ER)	reibl,
	Votum des federführen Verfassung, Recht und			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z

zur 114. Vollsitzung am 25. Oktober 2017

13.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert,
	Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
	Planungssicherheit für Geduldete und Ausbildungsbetriebe in Bayern verbessern
	Drs. 17/17273, 17/18569 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vom Land in den Mund – mehr bioregio in staatlichen Kantinen, bei Staatsempfängen und Festakten Drs. 17/17311, 17/18459 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Mehr neue Hecken und Feldgehölze in der Agrarlandschaft Drs. 17/17312, 17/18457 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

16.	Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Dr. Florian Herrmann,
	Oliver Jörg u.a. CSU
	Kleine und mittlere Vereine stärken
	Drs. 17/17448, 17/18435 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	ENTH	Z	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Grundschulen in Bewegung I – Dritte Sportstunde in der 1. Klasse Drs. 17/17488, 17/18574 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Grundschulen in Bewegung II – Qualität des Schulsports an Grundschulen sicherstellen!

Drs. 17/17489, 17/18573 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

zur 114. Vollsitzung am 25. Oktober 2017

19.	Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz,
	Inge Aures u.a. SPD
	EU-Japan-Abkommen darf nicht hinter gesetzte Standards zurückfallen
	Drs. 17/17506, 17/18561 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bayerische Interessen beim EU-Japan-Abkommen schützen Drs. 17/17521, 17/18562 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bayerische Finanzämter bei der Berechnung der Tarifglättung bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft nicht im Regen stehen lassen Drs. 17/17549, 17/18588 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD Konversion von Militärflächen für Kommunen erleichtern Drs. 17/17556, 17/18434 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Tobias Reiß, Ingrid Heckner u.a. CSU
 Gewalt gegen Lehrkräfte ist nicht hinnehmbar – Unterstützungs- und Präventionsangebote in den Mittelpunkt rücken Drs. 17/17568, 17/18575 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Innovative Ansätze und Formen in der Pflege durch Investitionskostenzuschüsse fördern

Drs. 17/17574, 17/18579 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO: Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	Z	团	Z